

Postwachstumserklärung von Barcelona 2010

Mitten in einer internationalen Krise haben sich über 400 Menschen, darunter Forscher und Experten, aus 40 Staaten im März 2010 in Barcelona zur zweiten internationalen Postwachstumskonferenz getroffen. Die Erklärung der ersten internationalen Postwachstumskonferenz von 2008 in Paris wies auf die sich abzeichnende multidimensionale Krise hin, welche nicht nur finanztechnischer, sondern auch ökonomischer, sozialer, kultureller, politischer, energiepolitischer und ökologischer Natur war. Die Krise ist eine Folge eines scheiternden ökonomischen Modells, welches auf Wachstum beruht. Eine internationale Elite und eine „globale Mittelklasse“ verursachen verheerende ökologische Schäden durch einen auffallend übertriebenen Konsum und eine überzogene Inbesitznahme der natürlichen Ressourcen und des Humankapitals. Eine Nachahmung dieser Lebensweise durch den Rest der Gesellschaft (im Glauben, den sozialen Status über eine Anreicherung an materiellen Gütern zu verbessern) zieht weitere soziale und ökologische Schäden nach sich. Unverantwortliche finanzielle Institutionen, multinationale Aktiengesellschaften und Regierungen stehen zu Recht in der öffentlichen Kritik, diese Krise hat jedoch tiefere strukturelle Gründe.

Sogenannte Anti-Krisen-Maßnahmen, welche die Wirtschaft ankurbeln sollen, werden auf lange Sicht Ungleichheiten fördern und ökologische Bedingungen verschlechtern. Das Trugbild eines auf Schulden aufgebauten Wachstums – d.h. die Wirtschaft ist gezwungen zu wachsen um Schulden abzubezahlen – muss in einer sozialen Katastrophe enden: Sowohl die Schulden als auch die ökologischen Probleme werden den kommenden Generationen und den Armen aufgebürdet. Maßnahmen, die einen Rückgang des Wachstums einleiten, sind unabdingbar und werden letztlich auch der Umwelt zu Gute kommen. Wie aber diesen Prozess des Rückgangs regulieren, so dass er sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene sozial angemessen ist? Dieser Herausforderung stellt sich die Postwachstumsbewegung, welche ihren Ursprung in den reichen Ländern Europas hat – die den ökonomischen Wandel einleiten müssen.

Akademiker, Experten und Aktivisten haben sich in Barcelona getroffen, um Vorschläge für eine alternative, ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Postwachstumsgesellschaft zu strukturieren. Jeder konnte an der Konferenz teilnehmen und sich einbringen. Zusätzlich zu den gängigen wissenschaftlichen Vorträgen haben sich an die 29 Arbeitsgruppen mit konkreten Maßnahmen für einen Rückgang des Wachstums auseinandergesetzt und unter Berücksichtigung ökonomischer, sozialer und ökologischer Bedenken Forschungsfragen für die weitere Arbeit definiert. Abseits gängiger Debatten über Nachhaltigkeit wurden hier neue Ideen und Themen eingebracht und diskutiert: Währung und Finanzinstitutionen, Sozialversicherung und Arbeitszeit, Ressourcen- und Bevölkerungsverbrauch, Beschränkung der Werbung, Aufschub im Ausbau von Infrastruktur und Umweltschutzgebiete, u.v.m.

Daraus entstand eine Vielzahl an neuen Vorschlägen: z.B.

- lokale Währungen ermöglichen (die Einführung vereinfachen);
- eine stufenweise Abschaffung des Giralgeldes (Papiergeld ohne Deckung) und Zinsreformen;
- eine Förderung für kleine, selbständige, nicht am Gewinn ausgerichtete Gesellschaften;
- den Schutz und Ausbau des Gemeinguts und Klärung der Befugnisse für globale gemeine Ressourcen;

- die Etablierung von Richtlinien zur Verringerung der Arbeitszeit (Arbeitsteilung) und Einführung eines Grundeinkommens;
- die Institutionalisierung eines Maximaleinkommens basierend auf das Verhältnis minimales/maximales Einkommen
- den Überkonsum von Waren, die nicht lange halten, und die ausbleibende Nutzung haltbarer Waren durch Regulierung, Besteuerung, oder über die von unten nach oben aufbauenden hemmenden Ansätze;
- den Verzicht auf große Infrastrukturmaßnahmen wie Atomkraftwerke, Dämme, Müllverbrennungsanlagen, und Hochgeschwindigkeitstransporte;
- die Umwandlung einer auf Individualverkehr basierten Infrastruktur hin zum Ausbau von Fuß- und Fahrradwegen sowie zu freien öffentlichen Flächen;
- eine Besteuerung auf unmäßig viel Werbung und Verbot von Werbung auf öffentlichen Plätzen;
- eine Unterstützung für Gruppierungen der südlichen Halbkugel, welche für ökologische Gerechtigkeit und gegen den Abbau ihrer Ressourcen kämpfen;
- die Einführung eines Moratoriums in Regionen mit hoher Biodiversität und kulturellem Wert sowie Entschädigungen für den Verzicht auf einen Abbau von Ressourcen;
- die Abschaffung von Kontrollmechanismen der Gesellschaft von oben und eine Unterstützung der Rechte der Frau über ihre eigene Fortpflanzung; bewusste Zeugung; das Recht auf (grenzüberschreitende) Migration und die Förderung eines Rückgangs der Weltbevölkerung;
- Entkommerzialisierung der Politik und Verbesserung der Möglichkeiten des Einzelnen, direkt am Entscheidungsprozess teilzunehmen.

Wir beteuern, dass diese Vorschläge nicht utopisch sind: neue Steuern sollen Einkommensungleichheiten ausgleichen, mehr soziale Investitionen ermöglichen, Konsum negativ sanktionieren und Schäden an der Umwelt drosseln. Gleichzeitig soll die Arbeitszeit verkürzt und ein verbessertes soziales Sicherungssystem Arbeitslosigkeit bewältigen. Einerseits würde die Ökonomie der reichen Regionen der Welt schrumpfen und unser Schaden an der Umwelt durch eine neue Infrastruktur und durch verbesserte Abbaumethoden eingeschränkt sein. Andererseits würde sich das Wohlbefinden durch Investitionen in kostengünstige soziale Güter verbessern.

Jeder neue Vorschlag erzeugt Einwände und wirft weitere Fragen auf. Wir behaupten nicht, wir hätten ein Rezept für die Zukunft. Wir können uns aber nicht länger einbilden, wir könnten weiter wachsen wie bisher.

Wir schreiben das Ende der Torheit des Wachstums. Die neuen Herausforderungen liegen darin, die Postwachstumsgesellschaft einzuleiten und zu gestalten. Die Auseinandersetzungen dazu haben gerade erst begonnen.

Es ist schwierig die Ergebnisse dieses innovativen Prozess' auf Papier festzuhalten oder in einer kurzen Erklärung zusammenzufassen. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich die Ergebnisse der Arbeitsgruppen anschauen würden.